

Preußisches Abgeordnetenhaus.

100. Sitzung. Sonnabend, 1. Dezember, 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Waldow.

Die Erörterung der

Ernährungsfragen

in Verbindung mit dem Antrag Hammer auf Wiederherstellung des freien Handels wird fortgesetzt.

Abg. Brand (Str.): Die Sehung der Erzeugung wird immer das wichtigste sein. Die Art der Verteilung des Brotgetreides darf nicht geändert werden. An eine Heraushebung der Brotmengen ist nicht zu denken. Die Statistik der Ernte spricht eine ernste Sprache. Traurig ist, daß so viel gefüllte Brotkasten die Mehlvorräte beträchtlich verringern. Das Ergebnis der Kartoffelernte steht noch nicht fest. Mehr als sieben Pfund können auf keinen Fall zur Verteilung kommen. Die Verteuerung der Kartoffeln erklärt sich durch die hohen Frachten. Die Verminderung des Schweinebestandes ist notwendig. Man sollte die jungen Schweine handels- und marktfrei machen. Der Rindviehstapel muß unangetastet bleiben. Angesichts der Futtermittelpreise kommt der Landwirt mit dem heutigen Milchpreis nicht aus.

Abg. Wenke (Bpt.): Das Lob, das jetzt auch die Rechte dem Handel spendet, erfüllt uns mit Freude. Früher hörte man es anders. Wenn Dr. Müller-Meinigen im bayerischen Landtag gesagt hat, daß die Ausschaltung des legitimen Handels ein Fehler war, so unterschreibe ich das durchaus. Der Rückgang der Anbaufläche für Kartoffeln ist bedauerlich, und man sollte im nächsten Jahr auf verstärkten Anbau dringen. Eine Erhöhung der Kartoffelration in diesem Jahr aber ist im Augenblick nicht möglich. Hoffentlich ist es der Fall, wenn wir die Ernte genau abschätzen können. Die Anbaufläche hätte vergrößert werden können, wenn man nur überall mit fester Hand zugegriffen hätte. So hat Fürst Pleß mehrere Tausend Morgen Biehweiden angelegt, die früher guter Weizenboden waren. Würden nur 2000 Morgen dieses Landes mit Kartoffeln bepflanzt, so könnte die ganze Bergarbeiterstadt Waldenburg mit Kartoffeln versorgt werden. (Hört! hört!) Manches Obst und Frischgemüse sind verdorben. Die Regierung freilich hat gemeint, das sei auch im Frieden vorgekommen. Damals konnte man sich aber sofort andere Ware beschaffen, was man jetzt nicht kann, und deshalb muß man jetzt allen Lebensmitteln erhöhte Sorgfalt widmen. Wenn Rohzucker nicht gesundheitschädlich ist, sollte man ihn ruhig der Bevölkerung geben, denn zum Teil liegt der Zuckermangel auch an den Raffinerien. Der Salzangel ist schließlich unerkennbar. Trotz aller Erklärungen der Regierung bestehen noch immer drückende Ausfuhrverbote. Man sollte vor allem auf verwandtschaftliche Beziehungen Rücksicht nehmen, wenn sich jemand auf dem Lande zu den knappen Nationen einen Zuschuß besorgt. Einspruch erhoben werden muß gegen das Bestreben, die Lebensmittelpreise auch nach dem Kriege hoch zu halten. Die Minderbemittelten müssen sich kaufen können, was sie zum Leben brauchen. Unerklärlich sind die hohen Verdienste der Viehhandelsverbände. Der Viehhandelsverband für Schlesien hat 1916 7 Millionen M. verdient. Ist das nötig? Auf dem Lande herrscht der größte Mangel an Jungvieh, in den Städten aber kuschieren noch viele Herrschaften auf Gummiträdern durch die Straßen. In Hirschberg z. B. fährt noch täglich ein hoher Herr mit feurigen Rossen zum Frühlingsoppen. (Heiterkeit und Hört! hört!). Der Ablieferungszwang

Kleinbesitz und Großgrundbesitz.

Abg. Hofer (U. Soz.): Die Ernährungsverhältnisse werden immer schlechter. Nur der Friede wird die Kurve wieder aufwärts treiben. Die Erzeuger wollen immer neue Anreize durch hohe Preise und Verfahren dabei nach der Zangentaktik. Erst wird der Preis für irgendein Erzeugnis erhöht und dann muß der Preis für ein anderes Erzeugnis ebenfalls erhöht werden, damit dessen Anbaufläche nicht zurückgeht. Der Arbeitermangel auf dem Lande beruht auf der schlechten Bezahlung. Der Riß zwischen Kleinbesitz und Großgrundbesitz hat sich zu einem Abgrund erweitert. Jeder im Volke weiß, daß wir eine sehr gute Kartoffelernte hatten. Nur die Regierung tappt im Dunkeln. Der Großgrundbesitz treibt Kartoffelwucher (Unruhe rechts). Die Regierung könnte ihre agrarische Politik nicht treiben, wenn die sozialdemokratische Partei sie dabei nicht unterstützte und dafür sorgte, daß das Volk ruhig bleibt. (Zurufe bei den Soz.)

Abg. Krüger-Hoppenrade (ntb.): Wir sollten heute keinen inneren Streit ausfechten, sondern uns alle nur dem nationalen Kampf widmen. Wir können die Fleisch- und Brotzation nicht erhöhen aus Rücksicht auf die allgemeine Landeskultur. Der Kartoffelanbau wird besser als durch Prämien durch die Bereitstellung von Saatkartoffeln zu mäßigen Preisen gefördert. Der Butterpreis ist zu niedrig, angesichts der Tatsache, daß Wagen- und Maschinenfette im Preise höher stehen.

Abg. Janz (konf.): Wir erkennen die künstliche Unterbindung von Groß- und Kleingrundbesitz nicht an. Wenn die Kartoffeln im Frieden einen angemessenen Preis gehabt hätten, würden wir jetzt im Kriege mehr Kartoffeln haben. Die von den Rednern der Linken gegen den Großgrundbesitz erhobenen Anklagen sind nicht bewiesen.

Abg. Bethge (konf.) spricht für eine radikale Verteilung der Samstier — der Bierbeinigen (Heiterkeit). Redner wendet sich weiter gegen die Bevorzugung der Großstädte dahin, daß sie höhere Fleischrationen bekommen als die kleinen Mittelstädte, wagt vor einer zu großen Abschichtung des Rindviehs und fordert eine mehr dem Erzeugerstandpunkt entsprechende Zusammensetzung des Beirates des Reichsernährungsamtes.

Abg. Dr. Brunenberg (Str.): Man sollte den freien Handel einführen, der freie Handel ist der Tod des Schleichhandels.

Die Ausschufsanträge werden im wesentlichen angenommen. Ein sozialdemokratischer Antrag auf Erhöhung der Kartoffelration wird abgelehnt, ebenso eine fortschrittliche Entschließung in gleicher Richtung. Damit ist die Ernährungsaussprache beendet.

Ein Antrag auf Gewährung von Teuerungszulagen geht an den Ausschuß.

Mittwoch, 11 Uhr: Wahrechtsvorlagen.

Schluß gegen 6 Uhr.